

Keine Verfolgung, kein Asyl – keine Arbeit

Flüchtlinge. Rund 45 Prozent der Flüchtlinge, die im ersten Halbjahr 2015 nach Deutschland gekommen sind, stammen aus den Westbalkan-Ländern Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien – und sie haben so gut wie keine Chance auf politisches Asyl. Dass sie trotzdem kommen, hat vor allem einen Grund: Armut und Arbeitslosigkeit.

Nach deutschem Recht kann Flüchtlingen nur dann Asyl gewährt werden, wenn sie in ihren Heimatländern politisch verfolgt werden oder aus anderen Gründen um ihr Leben oder ihre Freiheit fürchten müssen – Armut dagegen ist kein Asylgrund.

Da Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien von der

EU bereits als „sichere Herkunftsländer“ definiert worden sind und die anderen Westbalkan-Staaten diesen Status demnächst bekommen sollen, werden nahezu alle Asylträge von Menschen aus diesen Ländern abgelehnt. Doch sie kommen trotzdem (Grafik):

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind fast 69.000 Flüchtlinge

vom Westbalkan nach Deutschland gekommen – allein 50.000 aus dem Kosovo und aus Albanien.

Warum so viele Menschen flüchten, lässt sich in den aktuellen Fortschrittsberichten der EU-Kommission vom Herbst 2014 nachlesen: Demnach entsprechen die allgemeinen politischen Verhältnisse in diesen Ländern zwar zum Teil noch längst nicht den Standards in der EU. Das Hauptmotiv für die Flucht ist jedoch die ökonomische Misere.

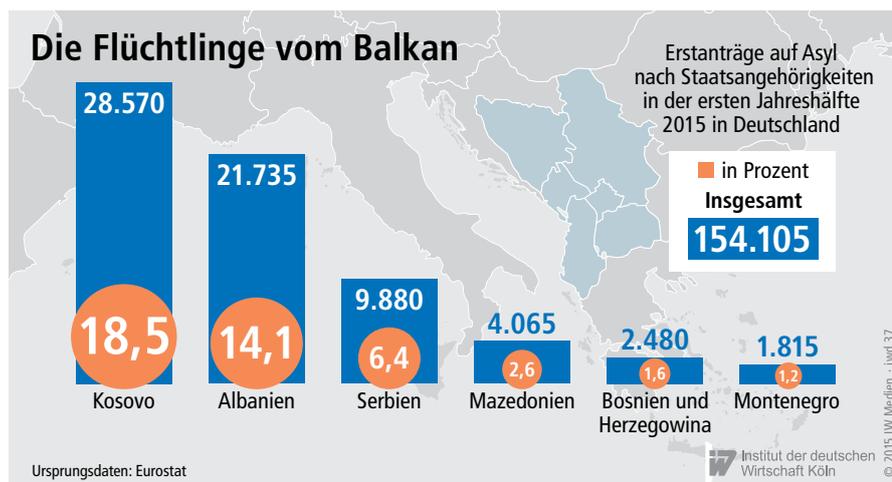


Albanien. Dem kleinen Land mit seinen 2,9 Millionen Einwohnern mangelt es nach dem Übergang von der Plan-

in die Marktwirtschaft vor allem an Wettbewerbsfähigkeit:

Noch immer beschäftigt die Landwirtschaft mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen und macht fast ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.

Das Volkseinkommen wird dabei durch hohe Überweisungen aus dem Ausland aufgepöppelt, die sich auf rund 10 Prozent der Wirtschaftsleistung summieren. Teils sind dies →



Inhalt

Generation 65plus. Die Altersversorgung der über 65-Jährigen in Deutschland ist besser als oft behauptet. Nur wenige sind auf die Grundsicherung im Alter angewiesen. Manche stocken die Rente durch Erwerbstätigkeit auf. Seite 4-5

Bildung. Wer kein Abitur oder keine Fachhochschulreife hat, muss nach einer beruflichen Ausbildung noch etliche Hürden nehmen, bevor er studieren darf. Seite 6

Fairer Handel. Mithilfe des Textilbündnisses soll die Herstellung von Bekleidung in Entwicklungsländern fairer und ökologischer werden. Seite 7

Pkw-Emissionen. Neue Autos in der EU sind in den vergangenen 15 Jahren viel klimafreundlicher geworden. Auf die Emissionen der gesamten Pkw-Flotte wirkt sich das aber nur mit Verzögerung aus. Seite 8

→ europäische Strukturhilfen, teils Überweisungen von Albanern, die im Ausland arbeiten und so ihre Familien unterstützen. Das Durchschnittseinkommen lag 2014 nur bei 377 Euro im Monat. Rund 7 Prozent der Albaner leben in absoluter Armut, es gibt Kinderarbeit.

Die politische Situation Albanien weist viele Mängel auf. Polizei und Justiz gelten als korrupt, es fehlt an institutionellen Reformen und die organisierte Kriminalität ist fest in der Gesellschaft verankert. Im Alltag werden Roma und andere sozial schwache Gruppen diskriminiert.



Bosnien und Herzegowina. Gemessen am EU-28-Durchschnitt ist der

Bundesstaat mit seinen 3,8 Millionen Einwohnern neben dem Kosovo die schwächste Volkswirtschaft der Region (Grafik):

Das bosnische BIP pro Kopf erreicht nur rund ein Viertel des europäischen Durchschnitts.

Viele Unternehmen sind nach wie vor in Staatshand und in einem maroden Zustand; Vetternwirtschaft und Korruption sind weit verbreitet. Auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist kritisch. Mehr als ein Viertel der Erwerbspersonen findet keine Arbeit. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in einigen Regionen sogar 60 Prozent.

Politisch liegt ebenfalls einiges im Argen. Es gibt Übergriffe auf Homosexuelle, Journalisten werden bedroht und eingeschüchtert.



Kosovo. Die Republik zählt 1,7 Millionen Einwohner und gilt als das ärmste Land auf dem West-

balkan. Zwar wächst die Wirtschaft seit Jahren um etwa 3 Prozent, doch das liegt keineswegs nur an der eigenen Wirtschaftskraft: Auf rund ein Fünftel des BIP summieren sich die Geldüberweisungen und Schenkungen der etwa 500.000 Kosovaren, die im Ausland arbeiten und ihre Familien unterstützen.

Der Kosovo hat kaum eine eigene Güterproduktion, seine Industrie ist unterentwickelt und vielerorts gibt es noch nicht einmal eine stabile Stromversorgung. Offizielle Arbeitslosenzahlen liegen nicht vor, Schätzungen beziffern die Quote allerdings auf 28 Prozent, bei Jugendlichen sogar auf über 50 Prozent.

Nahezu die Hälfte der Kosovaren lebt in absoluter Armut und hat weniger als 1,55 Euro am Tag zur Verfügung.

Auch das Sozialsystem ist verkommen und bietet keine ausreichende Versorgung.

Die politische Situation ist nicht viel besser. Viele Institutionen sind

schwach: Der Justiz zum Beispiel fehlt die Bereitschaft zur Strafverfolgung, der Aufbau von Polizei und Verwaltung liegt weitgehend in den Händen der EU. Der Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität scheint aussichtslos. Minderheiten – insbesondere Roma – werden diskriminiert.



Mazedonien. Die Wirtschaftskraft des 2,1 Millionen Einwohner zählenden Landes wächst zwar, dennoch

ist es wie die meisten Nachbarländer abhängig von Importen. Vor allem Mineralstoffe, Maschinen und chemische Erzeugnisse müssen eingeführt werden. Das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt lediglich 345 Euro, fast ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos. Bei den Jugendlichen ist die Quote noch höher – ein Grund dafür ist, dass die Berufsausbildungen nicht zur Nachfrage der Unternehmen passen und viele Jugendliche deshalb keine Aussichten auf einen Job haben.

Westbalkan in Zahlen

	Albanien			Bosnien und Herzegowina			Kosovo		
	2010	2012	2014	2010	2012	2014	2010	2012	2014
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	3,7	1,6	2,1	0,8	-1,2	0,8	3,3	2,8	2,7
BIP je Einwohner, um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-28 = 100	28	30	31	26	26	27	k.A.	k.A.	k.A.
Verbraucherpreise, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	3,6	2,0	1,6	2,1	2,0	-0,9	3,5	2,5	0,4
Arbeitslosigkeit in Prozent	14,0	13,4	14,0	27,2	28,0	27,5	k.A.	k.A.	k.A.
Haushaltssaldo in Prozent des BIP	-3,5	-3,4	-5,6	-4,1	-2,7	-3,0	-2,2	-2,6	-2,6
Schuldenstand in Prozent des BIP	57,7	62,0	72,6	39,1	43,6	44,9	16,0	16,8	19,1
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	-11,3	-10,2	-13,9	-6,2	-9,2	-7,1	-11,7	-7,5	-7,1

Angaben zum Teil geschätzt; Quelle: Internationaler Währungsfonds

Ebenso problematisch ist die politische Lage Mazedoniens. Die Justiz verfolgt nicht jeden Fall, Korruption ist gang und gäbe. Außerdem werden die mazedonischen Medien zunehmend durch staatlich finanzierte Werbung beeinflusst, es existiert kaum noch eine politisch unabhängige Berichterstattung.

In der Gesellschaft gibt es große Vorurteile und Diskriminierung gegenüber Roma und Homosexuellen. Unter den verschiedenen ethnischen Völkergruppen herrscht ein starkes gegenseitiges Misstrauen.



Montenegro. Das Land mit seinen rund 625.000

Einwohnern kommt inzwischen auf 40 Prozent des Pro-Kopf-BIP der EU und ist damit die stärkste Volkswirtschaft auf dem Westbalkan. Dennoch ist Montenegro weitgehend abhängig von Importen, insbesondere bei Maschinen und Lebensmitteln. Das durchschnittliche Monatseinkommen erreicht gerade mal 480 Euro, dem

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zufolge leben 11 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Viele Privathaushalte sind hochverschuldet. Zugleich herrscht ein starkes Gefälle zwischen Arm und Reich.

Wie überall auf dem Westbalkan ist die Arbeitslosigkeit ein besonders großes Problem. Offizielle Zahlen gibt es zwar nicht, Schätzungen gehen aber davon aus, dass von den unter 30-Jährigen jeder Dritte keinen Job hat. Als Hauptgrund gilt die schlechte Qualität der beruflichen Ausbildung.

Die politische Lage in Montenegro ist kritisch. Vor allem Roma und Behinderte werden unterdrückt, es gibt Übergriffe auf Homosexuelle. Die organisierte Kriminalität ist ausgeprägt, insbesondere Menschenhandel, Cyberkriminalität und Geldwäsche. Auch die Korruption wird noch nicht ausreichend bekämpft; Journalisten und die Medien werden drangsaliert.



Serbien. Auch dort hat der Staat nach wie vor einen großen Einfluss auf die Wirtschaft, nur wenige Firmen sind privatisiert.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Westbalkan-Staaten ist Serbien mit rund 72 Prozent des BIP hochverschuldet – seit 2010 sind die Schulden um fast 30 Prozentpunkte gestiegen.

Das durchschnittliche Monatsgehalt der sieben Millionen Serben beträgt nur 380 Euro. Jeder Fünfte hat keinen Job, das Bildungswesen ist ineffizient.

Investoren meiden Serbien meist, weil das Rechtssystem schwächelt und Verträge nicht durchgesetzt werden können. Zudem haben Firmen es mit einer übermäßigen Bürokratie zu tun. Bei der Bekämpfung der Korruption gibt es zwar Fortschritte, sie bleibt aber ein gravierendes Problem.

Politisch hapert es in Serbien vor allem am Schutz von Minderheiten, insbesondere Roma und Flüchtlinge werden diskriminiert.

All das zeigt: Den Menschen vom Westbalkan fehlt die ökonomische Perspektive, sodass sie ihr Glück anderswo suchen. Weil sie es aber in Deutschland und der EU nicht finden können, jedenfalls nicht über einen Asylantrag, ist eine gezielte Aufklärung über das Flüchtlingsrecht der EU-Staaten nötig – damit sich niemand mit falschen Vorstellungen auf den Weg macht.

Zugleich muss die Politik aber auch über legale alternative Zuwanderungswege nach Deutschland nachdenken und Hindernisse bei der Arbeitsaufnahme abschaffen (vgl. iwd 36/2015).

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Montenegro	Serbien
2010 2012 2014	2010 2012 2014	2010 2012 2014
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP), Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent		
3,4 -0,5 3,8	2,5 -2,5 1,1	0,6 -1,0 -1,8
BIP je Einwohner, um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-28 = 100		
34 35 36	40 40 41	36 36 36
Verbraucherpreise, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent		
1,7 3,3 -0,1	0,7 3,6 -0,7	6,1 7,3 2,1
Arbeitslosigkeit in Prozent		
32,1 31,0 28,5	k.A. k.A. k.A.	20,0 24,6 19,7
Haushaltssaldo in Prozent des BIP		
-2,4 -3,8 -4,2	-4,6 -5,9 -0,8	-3,7 -6,8 -6,3
Schuldenstand in Prozent des BIP		
24,3 33,7 38,0	40,9 54,0 58,4	43,7 58,3 72,4
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP		
-2,0 -3,0 -1,3	-22,9 -18,7 -17,8	-6,4 -11,5 -6,0

Generation 65plus

In Deutschland lebten Ende 2013 rund 17 Millionen Menschen, die 65 Jahre und älter waren. Davon waren 57 Prozent Frauen und 43 Prozent Männer. Hinter diesem großen Unterschied verbergen sich vor allem die Folgen des Zweiten Weltkriegs, in dem mehr Männer als Frauen umgekommen sind.

Weil viele junge Leute nach der Wende in den Westen gezogen sind, gibt es in Ostdeutschland – gemessen an der jeweiligen Bevölkerung – mehr ältere Menschen als in Westdeutschland. Dass ausgerechnet der Landkreis Vechta bundesweit den geringsten Rentneranteil ausweist, hängt mit einem Sonderfaktor zusammen: Dort werden außergewöhnlich viele Babys geboren.

Die höhere Lebenserwartung der Frauen spiegelt sich auch in der Lebensform wider. Weil viele Männer der Generation 65plus früh sterben und sie zudem meist rund vier Jahre älter sind als ihre Ehefrauen, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie bis zu ihrem Tod mit einer Partnerin zusammenleben. Da anschließend die Frauen aber als Witwen meist allein bleiben, leben im Schnitt weniger Seniorinnen als Senioren in einem Paarhaushalt.

Die gesetzliche Rente spielt bislang die Hauptrolle bei den Alterseinkünften – wahlweise kombiniert mit einer betrieblichen Altersversorgung oder bei den Angestellten des öffentlichen Dienstes mit einer entsprechenden Zusatzversorgung.

Das gilt auch für westdeutsche Frauen, obwohl in der Generation 65plus noch die traditionelle Rollenverteilung mit dem Mann als Hauptverdiener prägend war. Allerdings muss man berücksichtigen, dass sich hinter dem Durchschnittswert für die Frauen sowohl Rentenansprüche aus eigener Berufstätigkeit als auch Hinterbliebenenrenten verbergen.

Dass die Altersversorgung der Generation 65plus nicht ganz so schlecht sein kann, wie oft behauptet wird, zeigen die Armutskennziffern. Demnach haben Rentner nur in Ausnahmefällen zu wenig Geld, um davon eine anständige Unterkunft zu finanzieren oder sich angemessen zu ernähren. Auch auf die Grundsicherung im Alter sind nur wenige angewiesen, wobei es in Großstädten schon etwas anders aussieht als in der Fläche. Darauf deuten zumindest die Werte in den Stadtstaaten hin.

Wer dem Arbeitsleben mit 65 Jahren noch nicht Ade sagt, der hat in der Regel ein höheres Haushaltseinkommen – und umgekehrt. Während rund ein Drittel der Männer im Alter zwischen 65 und 74 Jahren mit einem Haushaltseinkommen von über 4.500 Euro noch erwerbstätig ist, fällt der Anteil bei den Frauen in dieser Einkommensklasse nur rund halb so hoch aus. Auch das ist sicherlich noch eine Folge der früher vorherrschenden Rollenverteilung zwischen Mann und Frau.

Altes Deutschland – junges Deutschland

Die Kreise mit der ältesten Bevölkerung – ab 65-Jährige je 1.000 Einwohner

Dessau-Roßlau, kreisfreie Stadt	289
Suhl, kreisfreie Stadt	287
Altenburger Land, Kreis	277
Osterode am Harz, Landkreis	274
Görlitz, Landkreis	274
Vogtlandkreis	273
Mansfeld-Südharz, Landkreis	269
Zwickau, Landkreis	269
Gera, kreisfreie Stadt	268
Goslar, Landkreis	268

Die Kreise mit der jüngsten Bevölkerung – ab 65-Jährige je 1.000 Einwohner

Vechta, Landkreis	153
Freising, Landkreis	154
Erding, Landkreis	158
Cloppenburg, Landkreis	158
Freiburg im Breisgau, kreisfreie Stadt	160
Frankfurt am Main, kreisfreie Stadt	160
Tübingen, Landkreis	161
Heidelberg, kreisfreie Stadt	162
Münster, kreisfreie Stadt	167
Eichstätt, Landkreis	169

Stand: auf Basis der Volkszählung 2011
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Leben von Rente & Co.

So viel Prozent der Generation 65plus bestritten 2011 ihren Lebensunterhalt aus diesen Quellen (Mehrfachnennungen)

■ Männer ■ Frauen

Durchschnittlicher Bruttobetrag in Euro je Bezieher pro Monat
 Männer Frauen

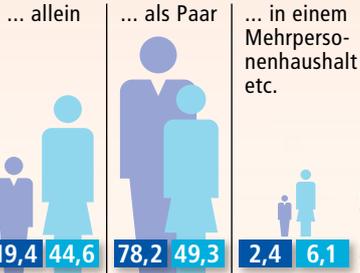


Ohne Sondersysteme wie Alterssicherung der Landwirte oder berufsständische Versorgung; Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Gemeinsam alt werden

So viel Prozent der Generation 65plus lebten 2014 ...

■ Männer
■ Frauen



Quelle: Statistisches Bundesamt

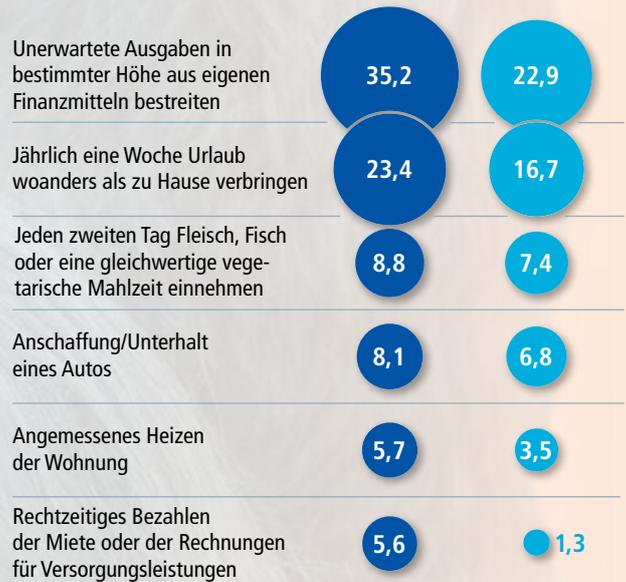
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 37

Nur wenige Rentner müssen verzichten

So viel Prozent der Bevölkerung konnten sich 2013 aus finanziellen Gründen dies nicht leisten

■ 18 bis 64 Jahre ■ 65 Jahre und älter



Quelle: Statistisches Bundesamt

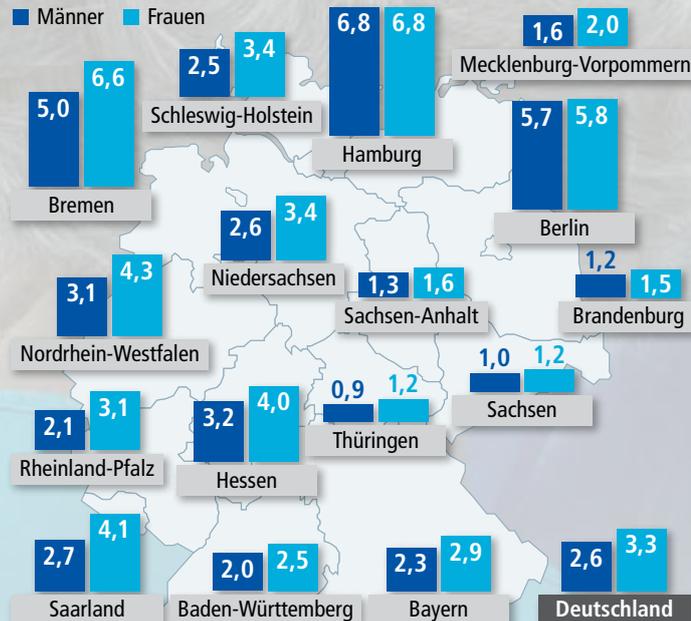
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 37

Grundsicherung selten benötigt

So viel Prozent der Generation 65plus bezogen Ende 2013 Grundsicherung im Alter – die frühere Sozialhilfe

■ Männer ■ Frauen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 37

Arbeit im Alter

So viel Prozent der 65- bis 74-Jährigen, die 2012 ein Haushaltsnettoeinkommen von ... hatten, arbeiteten

■ Männer ■ Frauen



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 37

Foto: Ruslan Guzov/Shutterstock.com

Steine aus dem Weg räumen

Bildung. Das deutsche Bildungssystem ist noch immer nicht durchlässig genug: Wer kein Abitur oder keine Fachhochschulreife hat und zunächst eine berufliche Ausbildung absolviert, muss anschließend etliche Hürden nehmen, bevor er studieren darf. Dies muss sich schon deshalb ändern, weil Deutschland kein Fachkräftepotenzial zu verschenken hat.

Für viele Jugendliche scheint die Sache klar: Karriere zu machen und gutes Geld zu verdienen, klappt am besten, wenn man studiert. Ein großer Teil derer, die nicht direkt das Abitur anpeilen, wechselt daher von der allgemeinbildenden an eine berufliche Schule, erwirbt dort die Fachhochschulreife und startet dann ins Studium.

Dies ist aber offenbar längst nicht für alle der richtige Weg. Denn rund 30 Prozent aller Bachelorstudenten brechen ihr Studium ab – in einigen technischen Studiengängen liegt die Quote sogar bei über 50 Prozent. Vermutlich wäre so mancher besser

beraten gewesen, zunächst eine Berufsausbildung zu absolvieren, dadurch seine Neigungen und Stärken zu erproben und erst dann bei Bedarf ein Studium dranzuhängen.

Dieser Weg ist allerdings steinig. So müssen die Absolventen einer dualen Ausbildung, die kein Abi haben, in fast allen Bundesländern mindestens drei Jahre lang in ihrem Beruf arbeiten, bevor sie ein fachbezogenes Studium aufnehmen dürfen. Nur in Brandenburg und Rheinland-Pfalz beträgt diese Frist zwei Jahre. Ihr Studienfach frei wählen dürfen nur jene, die ihren Meister gemacht oder bestimmte Fortbildungsabschlüsse in der Tasche haben.

Aus diesem Grund ist die Zahl der Studenten, die ohne Abi über den Beruf an die Hochschulen kommen, noch immer überschaubar (Grafik):

Im Jahr 2013 starteten in Deutschland lediglich rund 12.000 junge Menschen als beruflich Qualifizierte ohne Abitur oder Fachhochschulreife in ein Studium – das waren gerade einmal 2,4 Prozent aller Studienanfänger.

Nimmt man auch noch andere Studienanfänger ohne formale Hochschulreife hinzu, verfügten zuletzt insgesamt 3,3 Prozent der Erstsemester hierzulande nicht über eine klassische Hochschulzugangsberechtigung. Damit wird das Potenzial der jungen Generation bei weitem nicht ausgeschöpft.

Weil Jugendliche nun einmal ganz unterschiedliche Talente haben und zu verschiedenen Zeitpunkten Bildungsentscheidungen treffen, aber auch aus Gründen der Fachkräftesicherung, muss der Schritt von der Berufsausbildung an die Hochschule künftig leichter gemacht werden. Dazu gehört vor allem die Abschaffung der Regelung, dass beruflich Qualifizierte nur nach mehrjähriger Berufserfahrung und nur innerhalb ihres erlernten Fachgebiets studieren dürfen. Dann könnten sich die Jugendlichen freier für eine duale Ausbildung entscheiden, weil sie wüssten, dass ihnen später immer noch alle Wege offenstehen.

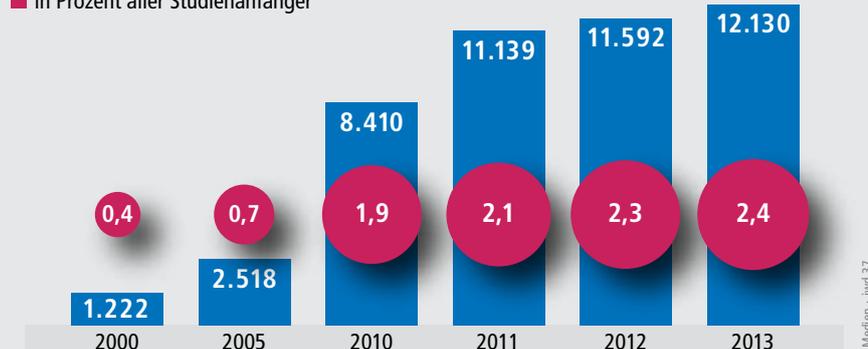
Um das Bildungssystem durchlässiger zu gestalten, ist aber noch mehr zu tun. So sollten die Berufsschulen häufiger die Fachhochschulreife vermitteln, um den Azubis neue Optionen zu eröffnen. Und die Hochschulen könnten mehr Brückenkurse anbieten, zum Beispiel in technischen Studiengängen Ergänzungskurse in Mathematik, um den Studienerfolg beruflich qualifizierter Studenten zu fördern.

Einige Schritte in die richtige Richtung sind bereits getan. So ist in Hessen derzeit eine weitgehende Öffnung der Hochschulen für beruflich Ausgebildete in Vorbereitung.

Über den Beruf zum Studium

So viele Studienanfänger in Deutschland haben ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht über das Abitur oder die Fachhochschulreife erworben, sondern über eine berufliche Qualifikation

■ in Prozent aller Studienanfänger



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 37

Billige Maschen

Fairer Handel. Mithilfe des Textilbündnisses soll die Herstellung von Bekleidung in Entwicklungsländern fairer und ökologischer werden. Gefragt sind aber auch die Verbraucher – doch die begeistern sich für nachhaltig produzierte Mode bislang nur wenig.

Als im April 2013 in der Nähe von Dhaka – der Hauptstadt Bangladeschs – mehr als 1.100 Menschen beim Einsturz einer Textilfabrik ums Leben kamen, war das Entsetzen groß. Rana Plaza, so der Name des neungeschossigen Gebäudes, war mit minderwertigem Material auf ungeeignetem Bauland errichtet worden. Von den rund 2.400 Menschen, die den Einsturz des Gebäudes überlebt haben, werden viele nie mehr arbeiten können, weil ihnen Hände, Arme oder Beine fehlen.

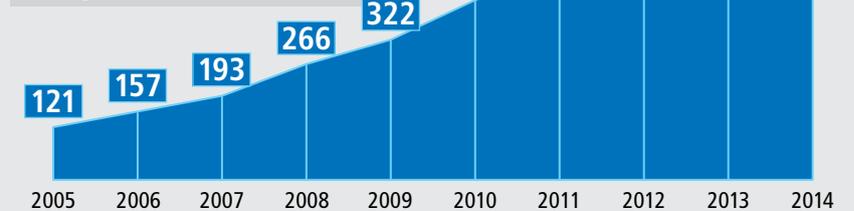
Seit dem Vorfall ist eine ganze Reihe neuer Initiativen und Kontrollgremien zum Schutz der Fabrikarbeiter ins Leben gerufen worden. Eines davon ist das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller. Das Bündnis, das soziale, ökologische und ökonomische Verbesserungen entlang der gesamten Lieferkette erreichen will, wendet sich an deutsche Produzenten, Händler, Einkäufer, Verbände und Entwicklungsorganisationen. Tatsächlich haben auch fünf deutsche Firmen im Rana Plaza nähen lassen.

Als Minister Müller das Textilbündnis im Oktober 2014 der Öffentlichkeit präsentierte, war es noch recht ambitioniert: Auf 64 Seiten listete der Aktionsplan viele Maßnahmen auf – zum Beispiel existenz-

Mehr Geld für faire Güter

So viele Millionen Euro gaben Verbraucher in Deutschland für fair gehandelte Produkte aus

So viel Prozent des Umsatzes mit fair gehandelten Produkten entfielen 2014 auf



Umsatz fair gehandelter Produkte zu geschätzten Endverkaufspreisen; Quelle: Forum Fairer Handel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW-Medien - IwD 37

sichernde Löhne für die Arbeiter vor Ort, auch den Verzicht auf eine ganze Reihe von umweltschädlichen Stoffen sowie ein Verbot unbezahlter Überstunden und vieles mehr –, und das alles mit strikten Vorgaben und festen Zeitplänen.

Viele Textilhändler fühlten sich damit überfordert und sahen sich nicht in der Lage, die Verantwortung für die Umsetzung entlang der gesamten Lieferkette – allein an der Herstellung eines Oberhemds sind bis zu 140 Firmen beteiligt – zu übernehmen. Von den 60 Unternehmen, Verbänden und Menschenrechtsorganisationen, die an den Gesprächen zum Textilbündnis ursprünglich beteiligt waren, traten deshalb zunächst nur rund 30 bei.

Inzwischen ist die Zahl der Bündnismitglieder auf 151 gestiegen.

Darunter finden sich auch ehemals skeptische Firmen wie Adidas, Aldi oder KiK sowie die großen Branchenverbände. Allerdings hat sich auch der Aktionsplan geändert: So sind die Verpflichtungen für die Bündnismitglieder weicher formuliert, neben sozialen Aspekten und der Umweltfreundlichkeit spielt nun

explizit auch die Wirtschaftlichkeit eine Rolle bei der Zielverfolgung.

Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sprechen sich die Bündnismitglieder außerdem dafür aus, bessere Arbeitsbedingungen in der Textilbranche nicht nur national zu verfolgen, sondern für einheitliche Standards auf europäischer und internationaler Ebene zu sorgen. Die ersten Schritte dazu sind bereits eingeleitet: Die EU-Kommission bereitet derzeit eine Textilinitiative für alle Mitgliedsstaaten vor, ein konkreter Zeitplan ist allerdings noch nicht absehbar.

Vorerst müssen sich die Verbraucher, die fair und nachhaltig produzierte Kleidung kaufen wollen, also selbst informieren. Zum Beispiel auf Portalen wie label-online.de oder dem von Minister Müller angestoßenen siegelklarheit.de. Der Bedarf ist jedoch noch überschaubar: Zwar wachsen die Umsätze im fairen Handel kontinuierlich (Grafik), im Durchschnitt gaben Verbraucher in Deutschland 2014 pro Kopf aber lediglich 13 Euro für fair gehandelte Produkte aus – und davon wiederum nur 1,04 Euro für Textilien.

Fortschritt braucht Zeit

Pkw-Emissionen. Neue Autos in der EU sind in den vergangenen 15 Jahren sehr viel klimafreundlicher geworden. In den Kohlendioxidemissionen der gesamten Pkw-Flotte schlägt sich dieser technische Fortschritt aber nur mit Verzögerung nieder.

Ab dem 17. September präsentieren mehr als 1.000 Aussteller auf der 66. IAA ihr Angebot an Pkw-Technik. Neben dem Thema „Autonomes Fahren“ liegt der Fokus auf der Klimaverträglichkeit der Fahrzeuge und damit auf dem Kraftstoffverbrauch. Denn diese beiden Größen stehen in einem festen Verhältnis:

Bei der Verbrennung von einem Liter Benzin werden 2,33 Kilogramm CO₂ freigesetzt, bei einem Liter Diesel sind es 2,66 Kilogramm CO₂.

Die Politik setzt die Automobilhersteller seit einigen Jahren kräftig unter Druck. Im vergangenen Jahr hat die EU die CO₂-Grenzwerte bis 2021 fortgeschrieben – dann dürfen

Neuwagen im Schnitt lediglich noch 95 Gramm CO₂ je Kilometer ausstoßen. Das sind die weltweit strengsten Vorgaben (vgl. iwd 14/2015).

Dies prägt auch die Emissionstrends. Von 2000 bis 2007 wurden die CO₂-Emissionen neuer Pkws pro Jahr um 1,5 Prozent reduziert, von 2007 bis 2012 sogar um 3,7 Prozent. Anders gewendet (Grafik):

Die von Neuwagen in der EU im Schnitt emittierte Menge an Kohlendioxid ist von 186 Gramm pro Kilometer im Jahr 1995 über 165 Gramm 2005 auf nur noch 127 Gramm im Jahr 2013 gesunken.

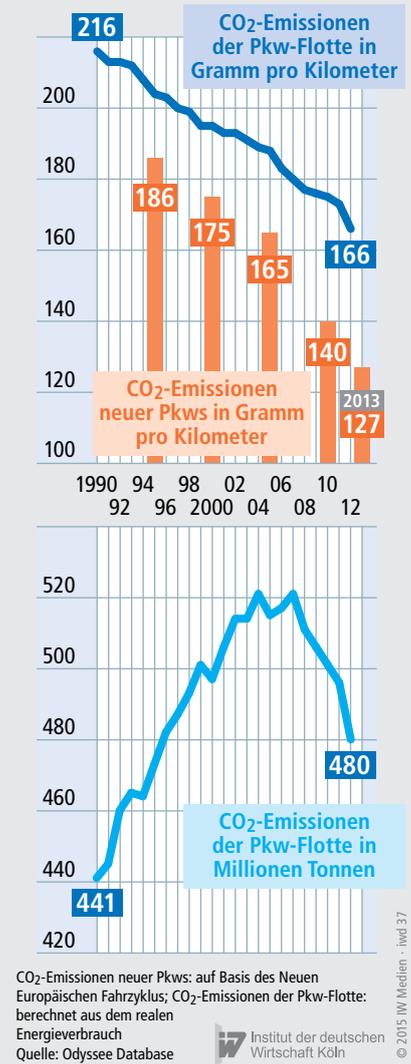
Bereits 15 Prozent der zuletzt neu zugelassenen Pkws wiesen sogar einen Normausstoß von weniger als 100 Gramm CO₂ pro Kilometer aus.

Dieser Trend lässt sich aber nicht beliebig fortschreiben, da die Effizienz der Motoren physikalische Grenzen hat. Folglich wird die CO₂-Vermeidung bei Pkws künftig komplizierter und deutlich teurer.

Betrachtet man die gesamte Fahrzeugflotte, die auf europäischen Straßen unterwegs ist, wirkt sich der bisherige Fortschritt erst mit erheblicher Verzögerung aus. Das liegt einfach daran, dass die in der EU derzeit zugelassenen 250 Millionen Pkws im Schnitt etwa zehn Jahre alt sind. Gut 48 Millionen Autos wurden sogar vor dem Jahr 2000 gebaut.

Autos werden klimafreundlicher

in der EU-28



Doch alles in allem geht der CO₂-Ausstoß in die richtige Richtung. Der reale Emissionswert pro gefahrenen Kilometer ist von 2000 bis 2012 um 15 Prozent gesunken – deutlich stärker als in den 1990er Jahren. Und auch das gesamte Emissionsvolumen sinkt inzwischen, vor allem in den alten EU-15-Ländern.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.